



# Standpunkte.

Bericht aus Berlin | Ausgabe: 25. November 2022 |  
Mit Herz und Leidenschaft für Hochtaunus & Oberlahn

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

Haushaltswochen im Deutschen Bundestag sind anders. Zunächst einmal organisatorisch. Wie in allen Sitzungswochen, die als Haushaltswochen ausgestaltet sind, macht sich die Abweichung schon anhand der Terminplanungen und Abläufe bemerkbar. Die Ausschuss- und Arbeitsgruppensitzungen, die ansonsten regulär stattfinden, weichen (mit vereinzelt Ausnahmen) einer verlängerten Plenarsitzung, die bereits am Dienstag in die Debatte geht. Regierungsbefragung und Fragestunden wie sonst üblich finden ebenfalls nicht statt. Haushaltswochen sind auch Gelegenheitsorte für allgemeine und fachbezogene Generaldebatten, die eröffnen Diskursräume über die Grundlinien der bundesdeutschen Politik.

Unser Fraktionsvorsitzender Friedrich Merz hat für unsere Fraktion die wesentlichen Kritikpunkte an der aktuellen Politik der Ampel in einer starken Rede vorgetragen. Nicht nur in den aktuellen Umfragewerten der Ampel spiegelt sich die Unzufriedenheit mit ihrer Regierungsführung, sondern auch in der fachlichen Analyse und parlamentarischen Debatte.

Von allen Kritikpunkten halte ich aktuell insbesondere jene mit Blick auf die schleppende

Stärkung der Bundeswehr und das fehlerhafte Management der Energiekrise für besonders akut.

Es ist bemerkenswert, dass nach der sehr respektablen und starken Rede des Bundeskanzlers zur Einleitung einer Zeitenwende erstaunliche Tatenlosigkeit den Raum eingenommen hat. Im Rahmen des Sondervermögens für die Bundeswehr in Höhe von 100 Milliarden Euro ist bislang kein einziger Beschaffungsauftrag erteilt worden. Von dem Versprechen, den Verteidigungsetat jährlich um mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen, ist nichts zu spüren – im Gegenteil: Im nächsten Jahr sinkt der Wehretat sogar um fast 300 Millionen Euro. Bei der Energiepreisbremse reden wir auch von einer guten Idee und einer nach derzeitigem Stand unzureichenden Umsetzungsplan. Menschen, die mit Pellets und Öl heizen, werden von den Entlastungen nicht profitieren. Dass zur Finanzierung Abschöpfung von Erträgen, die Erzeuger alternativer Energien erwirtschaften, eingeplant sind, ist contra Energiewende und senkt die Bereitschaft, in Sonne, Wind und Biomasse zu investieren. Das geht besser.

Herzliche Grüße

Ihr Markus Koob



## Schwerpunkte dieser Ausgabe

- Bundeshaushaltsplan 2023
- Austausch mit dem Hessischen Ministerpräsidenten Boris Rhein
- Internationaler Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen

## Bundeshaushalt 2023: Enttäuschend, intransparent und unehrlich!

**A**usgaben und Einnahmen, also das Haushaltsvolumen des Bundeshaushalts für das kommende Jahr 2023 sollen sich auf 476,3 Mrd. Euro belaufen. Die maximal zulässige Kreditaufnahme von 45,6 Mrd. Euro vollständig ausgeschöpft und bewegt sich damit zumindest auf dem Papier im Rahmen der Schuldenbremse. Anerkennenswert ist, dass zwar die Investitionen um knapp 13,1 Mrd. Euro auf fast 71,5 Mrd. Euro steigen. Aber insbesondere angesichts der aktuellen geopolitischen Herausforderungen und Bedrohung nationaler und europäischer Sicherheit überraschend: Der Etat des Bundesministeriums für Verteidigung sinkt um fast 300 Mio. Euro.

**Standpunkt:** Der Bundeshaushalt 2023 der Ampel ist enttäuschend, intransparent und kein ehrliches Abbild. Von der vielfach angekündigten Priorisierung und klaren Schwerpunktsetzung ist nichts zu sehen. Statt die Bundesausgaben zu konzentrieren, wird der brüchige Burgfrieden der Koalition mit vielen neuen Schulden erkaufte. Am unverständlichsten ist aber angesichts der aktuellen Kriegssituation in Europa, dass sich – entgegen den Ankündigungen des Bundeskanzlers – beim Verteidigungs-

etat nichts Sichtbares tut. Wie das 2 Prozent-NATO-Ziel erreicht werden soll, bleibt unklar. Zwar wird mit dem vorliegenden Gesetzentwurf 2023 die Schuldenbremse formal eingehalten. In Wirklichkeit hat die Ampel aber im Laufe des Jahres 2022 in verschiedenen Sondervermögen Mittel in dreistelliger Milliardenhöhe geparkt, die ohne Anrechnung auf die Schuldenbremse auch in Folgejahren des Jahres 2023 ausgegeben werden sollen. Solide Haushaltspolitik ist eine Frage der Generationengerechtigkeit und des Respekts gegenüber dem Steuerzahler. Wenn jeder private Haushalt in der Krise sparen und priorisieren muss, dann muss das auch für den Bund gelten. In dem aktuellen Krisenmix, der unser Land in bisher ungekannter Weise herausfordert, braucht es schnelle, wirkungsvolle und zielgerichtete Unterstützung. Dazu haben wir konkrete Vorschläge und Ideen eingebracht. Unser Vorschlag setzt Mittel zum Schuldenabbau ein und konzentriert sich auf die Stärkung des Wirtschaftsstandortes Deutschland sowie Maßnahmen zur inneren und äußeren Sicherheit. Insbesondere wollen wir die steuerliche Gesamtbelastung der Unternehmen auf 25 Prozent begrenzen. Außerdem fordern wir mehr als 580 Mio. Euro für den Zivil- und Katastrophenschutz. Um Deutschlands Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit zu stärken, fordern wir um 16 Mrd. Euro höhere Verteidigungsausgaben (Verteidigungsetat und Sondervermögen). Dem Fachkräftemangel wollen wir mit einem 421 Mio. Euro starken Maßnahmenbündel entgegenwirken. •



## Hessens Ministerpräsident Boris Rhein im Dialog mit der hessischen Landesgruppe

**E**inen besonderen Besuch aus der hessischen Heimat haben wir in dieser Woche in Berlin von unserem Ministerpräsidenten Boris Rhein erhalten, der sich mit der Landesgruppe Hessen der CDU-/CSU-Bundestagsfraktion über Bund-/Länder-Beziehung und aktuelle politische Themen ausgetauscht hat. Ein Kernmerkmal unserer demokratischen Verfassungsordnung ist die Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern. Die gemeinsame Verantwortung von Gesamtstaat und den Einzelstaaten steht derzeit im Kontext multipler Krisen, so sind insbe-

sondere die Länder gefragt, wenn es um konkrete Aufnahme und Zuweisungen von Flüchtlingen und Asylbewerbern geht mit einer derzeit kriegsbedingt sehr dynamischen Entwicklung. Auch über den erzielten Kompromiss zur Reform in der Arbeitsmarktpolitik, dem s.g. „Bürgergeld“, der am heutigen Morgen im Bundesrat bestätigt wurde, konnten wir uns unterhalten. Der 50-Jährige Jurist Boris Rhein, der in Kürze sein halbjähriges Amtsjubiläum hat, überzeugte die Mitglieder der Landesgruppe mit seinem klaren Kompass und einem spannenden Austausch. •





## Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen!

Jedes Jahr wird am 25. November der Internationale Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen begangen. Weltweit ist jede dritte Frau von Gewalt betroffen. Ein Bild über die Lage in Deutschland vermittelte die am gestrigen Tag vorgestellte kriminalstatistische Auswertung zur Partnerschaftsgewalt des BKA für das Jahr 2021. Stündlich werden durchschnittlich 13 Frauen Opfer von Gewalt in der Partnerschaft. Insgesamt waren es 143.016 erfasste Fälle, in denen ein (Ex-)Partner Gewalt ausübte oder es versuchte. Davon waren ein überwiegender Großteil der Gewaltopfer weiblich: 80,3 Prozent. Die verbleibenden 19,7 Prozent waren männlich. Erfasste Straftatbestände waren: Vorsätzliche einfache Körperverletzung, Bedrohung, Stalking, schwere Körperverletzung, Vergewaltigung sowie Mord und Totschlag.

Global betrachtet ist Gewalt gegen Frauen und Mädchen eine der am weitesten verbreiteten Menschenrechtsverletzungen. Laut Vereinten Nationen erfahren mehr als 35 Prozent aller Frauen weltweit mindestens einmal in ihrem Leben physische oder sexuelle Gewalt. In Deutschland ist jede vierte Frau mindestens einmal in ihrem Leben Opfer körperlicher oder sexueller Gewalt.

In etwa der Hälfte der Fälle ist der eigene Partner für diese Taten verantwortlich. Gewalt gegen Frauen tritt überall auf: in jedem Land, auf der Straße oder in den eigenen vier Wänden. Schauen wir nicht länger weg! Kämpfen wir entschlossen für eine Gesellschaft, in der Frauen und Mädchen sich ohne Angst im öffentlichen wie privaten Raum aufhalten können. •